

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen.

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die
Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordenstadt, Rambah, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige
Petitzelle oder deren Raum 50 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag: Heinrich Schulze, Bierstadt.

Nr. 141.

Donnerstag den 2. Dezember 1920.

20. Jahrgang.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

Die Preussische Landesversammlung hat die Verfassung mit 280 gegen 60 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen, desgleichen fand das Kirchenaustrittsgesetz endgültig Annahme.

Nach einer Erklärung des französischen Ministerpräsidenten sollen die auswärtigen ober-schlesischen Abstimmungs-berechtigten 14 Tage nach den bodenständigen Oberschlesier abstimmen.

Die deutsche Regierung hat in einer Note an die Entente gegen die Beschlagnahme der Zeppelinluftschiffe „Nordstern“ und „Bodenfee“ protestiert und eine schiedsgerichtliche Regelung der Streitfrage angeregt.

In Oberschlesien wird der Ausbruch eines neuen Generalstreiks befürchtet.

Die Brandstiftungen der Sinnseiner in England haben „Wiedervergeltungen“ der englischen Polizeitruppe in Irland zur Folge. In Cork wurden 8 Geschäftshäuser verbrannt.

König Konstantin wird auf Befehl der griechischen Regierung auf dem Kreuzer „Avaroff“ in Begleitung der gesamten Flotte von Brindisi aus feierlich einseholt werden.

Zwei Abstimmungen

in Oberschlesien?

Die auswärtigen Stimmberechtigten vierzehn Tage später.

Paris, 29. November. Der französische Ministerpräsident Poincaré erklärte nach seiner Rückkehr aus London Pressevertretern, es sei zwischen England und Frankreich eine Einigung über die Volksabstimmung in Oberschlesien erzielt worden. Die stimmberechtigten Deutschen, die nicht in Oberschlesien wohnen, werden nicht zur gleichen Zeit wie die ständigen Bewohner der Provinz ihre Stimme abgeben. Zwischen den beiden Wahlen soll ein Zwischenraum von wenigstens vierzehn Tagen liegen. Die Abstimme im westlichen Deutschland, z. B. in Köln, abstimmen zu lassen, wurde fallen gelassen.

Bisher liegen bei der deutschen Regierung keine Nachrichten vor, daß eine Einigung zwischen Frankreich und England in der oben angedeuteten Form zustande gekommen ist. Der genaue Termin der Abstimmung in Oberschlesien ist der deutschen Regierung ebenfalls noch nicht mitgeteilt worden. Sie wird sich zweifellos allen Vorfällen, die nicht im Friedensvertrag begründet sind, widersetzen. Nach den Bestimmungen des Vertrages muß jeder Oberschlesier in seiner Heimatgemeinde abstimmen. Wenn die Stimmgabe an einem anderen Ort, z. B. in Köln, erfolgen sollte, muß also zunächst eine Abänderung des Friedensvertrages erfolgen. Hierzu wird aber Deutschland niemals seine Zustimmung geben, denn die verschiedenen Gründe technischer und politischer Art sprechen gegen eine Abänderung der Abstimmungsvorschriften. Es sei heute nur daran erinnert, daß die Mehrzahl der 300 000 abstimmungsberechtigten aber nicht mehr in Oberschlesien wohnenden Personen im Osten Deutschlands, insbesondere aber in unmittelbarer Nähe des Abstimmungsgebietes wohnt. Ferner würden die zahlreichen verkehrstechnischen und Unterbringungs-schwierigkeiten eine Abstimmung in Köln einfach unmöglich machen.

Es sei auch noch auf folgendes politische Bedenken hingewiesen. Eine räumliche und zeitliche Trennung der Abstimmungsberechtigten muß unweigerlich zu einer verschiedenen Wertung der Abstimmungsberechtigten führen. Hiergegen sprechen aber frühere Entscheidungen der Völkervereinigung selbst. Als damals vor der Abstimmung in Ost- und Westpreußen die Polen geforderte Wahlurnen für die einheimischen und die auswärtigen Abstimmungsberechtigten forderten, hat die Völkervereinigung klipp und klar entschieden, daß keinerlei Unterschied zwischen den Abstimmungsberechtigten zugelassen werden dürfe. Will die Entente mit der neuen Entscheidung sich selbst widersprechen?

Schließlich wird man in dem neuerlichen „Beschluss“ der Entente eine einseitige Vorentscheidung für die Polen erblicken müssen die mit allen Mitteln die außerhalb des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes Wohnenden von der Abstimmung fernzuhalten oder doch wenigstens die Wucht dieser Stimmen abzuschwächen suchen. Alle diese Vorwürfe können die Alliierten sich ersparen, wenn sie, unbeirrt durch polnische Sonderwünsche, einzig und allein die klaren Bestimmungen des Versailler Vertrages als Richtschnur nehmen und die aus angeblichen Zweckmäßigkeitsgründen gemachten Abänderungsvorschläge ohne weiteres ablehnen.

Gegen den Luftschiffraub.

Deutschland bittet um schiedsgerichtliche Entscheidung.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris hat der Völkervereinigung eine Note überreicht, in der gegen die Konfiskation der beiden Luftschiffe „Bodenfee“ und „Nordstern“ als Ersatz für die im Juni und Juli 1919 erfolgte Zerstörung von deutschen Marine-Luftschiffen protestiert wird.

Unter Berufung auf das bekannte Zusatzprotokoll zu den Ratifikationsurkunden vom 10. Januar 1920, in dem uns wegen der Zerstörung der deutschen Kriegsschiffe bei Scapa Flow verschiedene Entschädigungen auferlegt worden waren, bestritt die deutsche Regierung, daß sie für die Zerstörung irgendwelche ersatzpflichtig sei. Es habe sich damals ganz ohne Zweifel um eine Generalabrechnung gehandelt, und es sei nicht angängig, überhaupt noch auf Vorgänge zurückzugreifen, die sich vor der Unterzeichnung des Protokolls vom 10. Januar 1920 abgespielt haben. Ein Vorbehalt sei damals seitens der Alliierten nicht gemacht worden, damit müsse die Angelegenheit als erledigt betrachtet werden.

Ferner seien laut Friedensvertrag die alliierten Kontrollkommissionen nur berufen, die Ausführungen gewisser Bestimmungen zu überwachen, nicht aber selbst Beschlagnahmen in Deutschland vorzunehmen. Die deutsche Note richtet schließlich an die Alliierten die Bitte, die Angelegenheit nochmals zu prüfen, und erwartet, daß sie ihren ersten Beschluß aufheben. Sollten sie den deutschen Standpunkt auch jetzt nicht als berechtigt anerkennen, so schlägt die Reichsregierung vor, die Entscheidung einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Der Zwischenfall von Cuxhaven.

Strenge Sühneforderung der Kontrollkommission.

Bei einer Durchsichtung der Cuxhavener Kasernen nach Waffenbeständen war eine Entente-Kontrollkommission von den gereizten Mannschaften belästigt worden. Der Reichswehrminister hat dem Vorsitzenden der interalliierten Marine-Kontrollkommission schriftlich sein Bedauern darüber ausgesprochen und Befragung der Schuldigen zugesagt. Wie jetzt halbamtlich mitgeteilt wird, hat die Kommission in einem Schreiben an das Auswärtige Amt erklärt, sich damit nicht begnügen zu können und hat folgende weitgehend Sühneforderungen gestellt:

1. Entschuldigung der deutschen Regierung.
2. Sofortige Entlassung und strenge Bestrafung des Festungskommandanten. Diese Bestrafung soll dem Kommandanten in Gegenwart der vier beteiligten Entente-offiziere verkündet werden.
3. Eingehende Untersuchung des Zwischenfalles zwecks Verhaftung und Bestrafung der Hauptschuldigen.
4. Zahlung von 20 000 Mark Ersatz für die beschädigten Uniformen.

Das Auswärtige Amt hat der Kontrollkommission bei Bestätigung des Empfangs des Schreibens mitgeteilt, daß die Untersuchung mit aller Beschleunigung geführt wird und daß eine weitere Mitteilung bis zu deren Abschluß vorbehalten bleiben muß.

Das Verlangen der Kommission kann, wie weiter amtlich mitgeteilt wird, selbstverständlich nicht so aufgefaßt werden, als ob der Festungskommandant ohne vorhergehende Untersuchung entlassen werden sollte. Es wird vielmehr auf Grund des Ergebnisses der Untersuchung entschieden werden, ob und in welchem Maße ihn eine Schuld trifft und welche Ahndung dafür angemessen ist. Schon jetzt muß aber gesagt werden, daß es mit den deutschen Anschauungen unvereinbar wäre, dem Kommandanten die über ihn verhängte Strafe in Gegenwart der beteiligten fremden Offiziere zu verkünden. Daß Mannschaften Verstöße begangen haben und dafür bestraft werden müssen, steht schon jetzt fest.

Der Sühneforderung an sich wird man eine Berechtigung nicht absprechen können, mehr als kleinlich erscheint dagegen das Verlangen, daß die Bestrafung dem deutschen Festungskommandanten in Gegenwart der belästigten Ententeoffiziere verkündet werden müsse. Offenbar will man durch diese bewußte Demütigung eines einzelnen Offiziers, der nun einmal für die Ausschreitungen seiner Untergebenen verantwortlich ist, über den Kreis der direkt oder indirekt Schuldigen hinaus erzieherische Wirkungen erzielen. Man möge sich auf der Entente-Seite darüber klar sein, daß diese Forderung nicht nur auf die militärischen Kreise, sondern auch auf alle anderen Bevölkerungsklassen,

die diese Ausschreitungen mitgouten, verlegend wirken und die gereizte Stimmung gegen Frankreich in höchstem Maße verschärfen muß.

Die Goldprämie von Spa.

Frankreich behauptet vertragswidrige Verwendung.

Nach dem Abkommen von Spa ist Deutschland verpflichtet, fünf Goldmark vom Tonnenpreis für Kohlen, den Frankreich zu Lasten seines Wiedergutmachungskontos vorschleift, zur Verbesserung der Lebensmittelfürsorge der deutschen Bergarbeiter zu verwenden. Nach einer späteren Bestimmung der Wiedergutmachungskommission müssen die 200 Millionen, die Frankreich monatlich über den deutschen Kohlenpreis hinausbezahlt, zum Ankauf von Nahrungsmitteln und Rohstoffen verwendet werden.

Von alliierten Seite, besonders von der französischen Presse, wird nun in letzter Zeit immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß Deutschland weder der einen noch der anderen Verpflichtung nachgekommen ist, und daß die vorgeschossenen Gelder für andere Zwecke verwendet werden. In Paris argwöhnt man, daß Deutschland die Summen für die Abdeckung von englischen Privatforderungen verwendet, was dem Abkommen von Spa zuwiderläuft.

Von den amtlichen deutschen Stellen wird diese Behauptung, die Deutschland aus dem Kohlenabkommen von Spa ausfließenden Beträge würden bestimmungswidrig verwendet, als völlig unzutreffend bezeichnet. Die Devisen aus den Kohlenvorschüssen werden fortlaufend zur Bezahlung der Getreideeinfuhren verwendet. Die erheblich geringeren Einnahmen aus den 5-Goldmark-Prämien kommen den Bergarbeitern in der Weise zugute, daß in der Höhe des Gegenwertes der Goldmark verbilligte Lebensmittel als Sonderzulagen ausbezahlt werden. Es handelt sich dabei insbesondere um Butter, Speck und Fettzulaugen für Ueberfrachten. Die dafür seit Inkrafttreten des Spa-Abkommens aufgewandten Beträge sind bedeutend höher als der Gegenwert für die von alliierten Seite gezahlten Goldmarkprämien. Der Gegenwert der bisher bezahlten Goldmarkprämien beträgt nur 115,3 Millionen Papiermark, während für die genannten Lebensmittel ein Mehrfach hiervon zum Teil vorschussweise aufgewandt worden ist. Dazu kommen noch erhebliche Beträge aus Reichsmitteln für die Ausgabe verbilligter Kleidungsstücke an die Bergarbeiter. Die Alliierten haben daher hinsichtlich der Verwendung der uns zur Verfügung gestellten Barmittel keinen Beschuldigungsgrund.

Andererseits ist die Hoffnung, daß diese Barbeträge eine wesentliche Erleichterung unserer Devisenlage mit sich bringen würden, nicht in Erfüllung gegangen, weil für die Abdeckung der englischen und französischen Privatforderungen bei der monatlichen Berechnung des Saldo im Ausgleichsverfahren seit September dieses Jahres nicht weniger als 230 Millionen Goldmark haben aufgewandt werden müssen, mehr wie der Gesamtbetrag der Kohlenvorschüsse und Goldmarkprämien bis Ende Oktober betragen. Das ist um so bedauerlicher, als infolge des ungünstigen Ausfalls der Brotgetreideernte in Deutschland mehr Brotgetreide und Mais eingeführt werden muß, als zunächst beabsichtigt war. Auf diese Weise sind für die Getreideeinfuhr außer den Kohlenvorschüssen noch über 200 Millionen Goldmark monatlich erforderlich. Die mit Rücksicht auf diese schwierige Devisenlage von der deutschen Regierung mit der englischen und französischen Regierung angeführten Verhandlungen wegen einer anderweitigen Regelung der Abdeckung der Saldo im Ausgleichsverfahren sind noch nicht abgeschlossen.

Der irische Brandfeldzug.

Millionenschaden bei dem Liverpooler Hafenbrand.

Durch die umfangreichen Brandstiftungen im Liverpooler Hafen haben die Sinnseiner den Kampfplatz von Irland nach England verlegt. Sie handeln hierbei nach einem großangelegten Zerstörungsplan, dessen Einzelheiten allerdings den Engländern vorher zur Kenntnis gekommen sind und von der Regierung im Unterhaus mitgeteilt worden sind.

Das Kabinett konnte infolgedessen, wenigstens in London, die nötigen Schutzmaßnahmen gegen die Angriffe der Sinnseiner treffen. Das Regierungsviertel wurde durch Barrikaden abgesperrt. Zahlreiche Brände in den Londoner Hafenanlagen konnten in Reime erstikt werden und haben nur wenig Schaden angerichtet. Dagegen haben die Brände in den Docks der Londoner Hafenanlagen ungeheure Verwüstungen verursacht. Der Schaden läuft in die Millionen. 18 000 Ballen Baumwolle wurden zerstört. Der Anschlag war äußerst sorgfältig ins Werk gesetzt worden. Große Mengen von Brandstoffen wurden entdeckt, darunter Briketts

ten und Plätzen mit Petroleum. Die Polizei hatte die Stadt teilweise umzingelt und die Verbindung mit der Außenwelt unterbrochen. Die Versuche, die Brandstifter zu verhaften, die von ihren Anhängern verborgen gehalten werden, waren jedoch nur teilweise erfolgreich.

Außerordentliche Schutzmaßnahmen in London.

Die Brandstiftungen haben in England großen Schaden hervorgerufen. Das Unterhaus hat sofort alle erdenklichen Schutzmaßnahmen beschlossen, die zum Schutz der Regierung und des Landes getroffen werden sollen. Auf der Themse unmittelbar vor dem Parlamentsgebäude kreuzt ständig ein mit Maschinenbewehrtes Motorboot. Die Mitglieder der Regierung und ihre Familien empfangen jeden Tag Drohbriefe. Das Unterhaus und Westminster wird Tag und Nacht auf das strengste bewacht, weil man einen Angriff befürchtet. Das Regierungsviertel steht unter scharfer militärischer Bewachung. In Manchester hat man auf einen Angriff vorbereitet. Die ganze Stadt wird bewacht, namentlich die Gas- und Elektrizitätswerke sowie auch die Eisenbahnstationen. Unter den Arbeitern Manchesters gibt es viele Irländer, und man fürchtet, daß sie mit den Sinnseibern zusammenarbeiten.

Wiedervergeltungen in Irland.

Meuterei-Büro berichtet, seit Sonnabend morgen haben in Cork Wiedervergeltungen durch Brandstiftungen in beunruhigender Weise eingesetzt. Acht Geschäftshäuser wurden in Brand gesteckt. Der Schaden wird auf 200 000 Pfund Sterling geschätzt. Montagsabend fielen zwei mit 17 englischen Polizisten besetzte Kraftwagen in der Nähe von Kirmichael in der Grafschaft Cork in einen Hinterhalt. Fünfzehn Polizisten wurden getötet und zwei verwundet. Die Kraftwagen wurden von den Angreifern in Brand gesteckt. Die Waffen und der Schießbedarf wurden von ihnen weggeführt.

Einheitliche Beamtensoldung.

Einspruchsrecht des Reichsfinanzministers.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtensoldung zugegangen, dessen Inhalt in kurzen Zügen folgender ist:

Die Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften sollen — von Ausnahmen abgesehen — die Dienstbezüge ihrer Beamten und Lehrer nicht günstiger regeln dürfen, als sie für gleich zu bewertende Reichsbeamte geregelt sind. Sie sollen demzufolge auch gehalten sein, die zurzeit geltenden, nach dem 31. März 1920 erlassenen oder in Kraft getretenen Vorschriften über Dienstbezüge ihrer Beamten und Lehrer unter Beobachtung dieses Grundsatzes unbeschadet der Wahrung wohlverworbener Rechte neu zu regeln. Regelt ein Land die Dienstbezüge von Beamten oder Lehrern günstiger als das Reich, so soll der Reichsminister der Finanzen hiergegen Einspruch erheben können mit der Wirkung, daß die günstigere Regelung vorerst nicht in Kraft gesetzt werden darf. Demgegenüber soll das Land die Entscheidung des Reichsverwaltungsgerichts anrufen können, an dessen Stelle bis zu seiner Errichtung ein vom Reichsgericht gebildetes Schiedsgericht tritt.

Die Vorschriften der Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften über Dienstbezüge ihrer Beamten und Lehrer sollen der Genehmigung durch die zuständigen obersten Landesbehörden bedürfen und nur dann dem Einspruchsrecht des Reichsministers der Finanzen unterliegen, wenn die obersten Landesbehörden eine ausnahmsweise Besserstellung gegenüber gleich zu bewertenden Reichsbeamten genehmigt haben. Sollten Beamten oder Lehrer durch Anwendung des Gesetzes rückwirkend schlechter gestellt werden, so sollen keine Rückzahlungen erfolgen. Das Gesetz soll vom 1. April 1920 ab in Kraft treten und nur bis zum 1. April 1923 gelten.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 29. November.

Haushalt der Geschäftsverwaltung.

Das Haus hat sich bald durch den Etat hindurch gearbeitet. Am Montag beschäftigte man sich mit dem Haushalt der Geschäftsverwaltung. In der Aussprache betonte Graf Kanitz (Dnt.), daß die von der Entente verlangten 125 000 Pferde nur unter den größten Schwierigkeiten aufgebracht werden. Die Landespolizei zucht, die bisher in starkem Maße für das Heer tätig sein mußte, hat sich nun umzustellen auf Pferde für den nichtmilitärischen Gebrauch. Abg. Held (D. Sp.) spendet der hannoverschen Pferdezucht höchste Anerkennung und empfiehlt einen größeren Zuschuß für die Privat-Pferdehalter. Oberlandesstaatsminister Großknecht vertritt, den Anregungen nach Möglichkeit zu folgen.

Darauf wird der Etat der Geschäftsverwaltung angenommen.

Ebenso wird der Etat des Ministeriums für Volkswohlfahrt bewilligt unter Annahme eines Antrages Frau Dr. Bauer (Ztr.) auf zur Verfügungstellung von 200 000 M. für die soziale Ausbildung von Personen aus minderbemittelten Verhältnissen.

Bei Abstimmung über den Antrag Ludwig (N. S.) über die Sozialisierung des Bergwerbes ist Himmelfahrt erforderlich; es ergibt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Vizepräsident Dr. Borsch setzt die nächste Sitzung auf 3½ Uhr an.

In der zweiten Sitzung steht der Haushalt der Bauverwaltung auf der Tagesordnung.

Abg. v. Aries (Dnt.) findet es höchst unerfreulich, daß Preußen im gegenwärtigen Moment, d. h. 4 Monate vor dem Übergang seiner Wasserstraßen an das Reich über die Bedingungen noch völlig im Unklaren ist.

Abg. Garmisch (D. Sp.) geißelt das geringe Verständnis, das der Landwirtschaftsminister den geschädigten Landwirten des Oderbruches beweist. Die Gefahr der Umwandlung des Oderbruches in Sumpf-Land ist nicht zu bannen, wenn nicht umgehend Maßnahmen getroffen werden, die diesen Prozeß verhindern.

Abg. Köster (Soz.) fordert mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit eine Erweiterung der Kanal- und Wohnungsbauten. Auch der Neukommunist Paul Hoffmann tritt für rasche Förderung der Wasserbauten ein.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Dienstag, um die Fortsetzung in 3. Lesung zu verabschieden.

— Berlin, 30. November.

Schlussberatung der Verfassung.

Heute soll das Verfassungsgezet in dritter Lesung angenommen werden. Haus und Tribünen sind stark besetzt. Alles erwartet einen „großen Tag“. Die Beratung wird beim § 63 fortgesetzt, zu dem ein mehrheitssozialistischer Antrag auf Ueberreignung des Vermögens der Hohenzollern an die Republik Preußen ohne Entschädigung vorliegt. Ueber die Gewährung einer angemessenen Unterhaltungsrente an die Mitglieder des Hauses Hohenzollern soll durch ein besonderes preußisches Gesetz bestimmt werden.

Abg. Heilmann (Soz.) betonte bei der Begründung des Antrages, seine Partei denke nicht daran, die Entschädigungsfrage kleinlich oder gehässig zu behandeln, sie denke auch nicht daran, die Hohenzollern ohne angemessene Unterhaltungsrente zu lassen. Nach strengem Recht würde Wilhelm II. keinen Pfennig bekommen. Vebh. Just. (Dnt., Widerspruch rechts.) Wer entschädigt denn die Kriegsschädigten und die Auslandsdeutschen? Wilhelm II. habe auf die Krone verzichtet, aber schon jetzt er wieder Wilhelm Reg. Bewußt spielen die Hohenzollern eine Prästendentenrolle. Dafür wollen wir nicht Geld des Staates noch hingeben. Hungern sollen die Hohenzollern nicht, aber es soll auch die Republik in Sicherheit stehen. (Vebh. Beifall b. d. Soz.)

Kirche und Staat.

Zu § 63 liegt ein Zentrumsantrag vor. Danach sollen die bisher vom König gegenüber den Religionsgesellschaften ausgeübten Rechte im Sinne des Artikels 137 der Reichsverfassung geregelt werden. Die Befugnisse, die nach den früheren Gesetzen, Verordnungen

und Verträgen dem König zustanden, gehen auf das Staatsministerium über. Der Antrag wird unter Streichung seines letzten Absatzes, wonach Rechte, die vom König bisher auf Grund von Vereinbarungen mit dem päpstlichen Stuhle ausgeübt wurden, durch eine neue Vereinbarung geregelt werden sollen, angenommen.

Darauf setzt das Haus die Besprechung über den sozialdemokratischen Antrag wegen der Enteignung des Hohenzollernhauses fort.

Abg. Dr. Kaufmann (Dem.) widerspricht dem mehrheitssozialistischen Antrag aufs schärfste. Wir weisen die bodenlosen Verunglimpfungen als unter unserer Würde zurück. (Großer Lärm links. — Stöße des Präsidenten.) Man will nur für die Wahlen Stimmung machen. (Vebh. Widerspruch b. d. Soz.) Der Antrag spricht gegen jedes Recht und Gerechtigkeit. (Erneuter Lärm b. d. Soz.)

Der Tumult nimmt immer mehr zu, sodaß der Präsident sich genötigt sieht, die Sitzung auf kurze Zeit zu unterbrechen.

Als dem Redner eine Viertelstunde später das Wort wieder erteilt wird, kommt es zu neuen Tumulten, von denen der Schluß der Rede des Abg. Kaufmann unausgesprochen begleitet wird.

Abg. Dominicus (Dem.), Oppenhof (Ztr.) und von Richter (D. Sp.) sprechen gegen, die Links- und Rechtsunabhängigen für den Antrag, der schließlich gegen die Stimmen der Sozialisten abgelehnt wird.

Vor der Schlussabstimmung über die Verfassung erklärt der Abg. Reidig (D. Sp.), daß seine Partei trotz einiger Bedenken für die Vorlage stimmen werde, die Deutschhannoveraner hingegen lehnen eine Beteiligung an der Verfassung ab.

Die Schlussabstimmung ergibt

Die Annahme der Verfassung

mit 280 gegen 60 Stimmen bei 7 Enthaltungen. (Vebh. Beifall.)

Präsident Heinert: Mit diesem Beschluß hat die Landesversammlung ihr Mandat erfüllt. Ich hoffe, daß er dem gesamten preußischen Volke zum Segen gereichen möge. (Vebh. Beifall.)

Die wiederholte Abstimmung über das Kirchen-zustrittsgezet ergibt seine Annahme mit 196 gegen 137 Stimmen.

Mittwoch 1 Uhr: Haushalt des Ministeriums des Innern.

Schluss 6 Uhr.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 29. November.

Minister Dr. Scholz über das Spaer Abkommen.

Der Reichstag setzte heute die Haushaltsberatung bei dem Etat des Reichswirtschaftsministeriums fort. Die Beratung wird eingeleitet durch eine Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Scholz, der die erlangenen Preis- und Lohnerhöhungen auf die Tatsache zurückführt, daß die Verpflichtungen Deutschlands aus dem Friedensvertrag immer noch nicht feststehen. Die deutsche Industrie kann daher immer noch nicht kalkulieren. Die zweite Tatsache ist das dauernde Schwanzen unseres Geldwertes.

Das Kohlenabkommen von Spa

ist in hohem Maße erfüllt worden durch die Zusammenarbeit von Behörden, Unternehmen und Arbeitern. Dafür gebührt ihnen Dank. Die Arbeiter besonders haben wertvolle Arbeit geleistet im Interesse des Vaterlandes. Die Förderung an Kohlen ist gestiegen. Im Ruhrgebiet sind 400 000 Wohnungen neu in Angriff genommen. Die Zahl der Arbeiter in der Woche ist seit Spa von 269 000 auf 389 000 gestiegen. Eine besondere Schwierigkeit in der Kohlenlieferung der Entente und unserer Industrie liegt in der erneut verhältnismäßig ungünstig gewordenen Verkehrs-lage. Eine Aufrechterhaltung der Kohlenlieferungen aus dem Abkommen von Spa in bisheriger Höhe und auf längere Zeit muß zu unhaltbaren Zuständen führen, und die deutsche Leistungsfähigkeit für eine Wiederherstellung entscheidend negativ beeinflussen. Demgegenüber steigen in Frankreich die Kohlenvorräte immer mehr. (Wort! Wort!)

Der Herr von Zimmer Nr. 19.

Kriminalroman von Walter Brand.

64) (Nachdruck verboten.)

Sie war mit sich fertig, sie rief sich die Hände mit ihrem Taschentuch sorgfältig ab, als gelte es, äußerlichen Schmutz zu beseitigen. Dann warf sie einen schnellen Blick in den Spiegel, rüchte ihre Bluse zurecht und strich sich über Wangen und Haar. So, jetzt konnte sie der Schlussentwicklung in diesem Drama zuschauen. Oder auch selbst als handelnde Person daran teilnehmen. Wie es nun dem Zufall gefiel, der hier als Schicksal auftreten konnte.

Als der Baron von Hellberg in der „Eisernen Krone“ eintraf und von Herrn Allmers selbst und seiner Tochter mit der größten Herzlichkeit begrüßt wurde, die er in vollem Maße erwiderte, hielt sich Klara Brandt im Hintergrunde, um ihn genau beobachten zu können. Aber so große Nähe sie sich auch gab, sie konnte unter seiner Maske nicht den Kopf Dr. Hellers entdecken. Die tadellose, leicht silberne schimmernde Perrücke, der Bart und das große Vorgehen veränderte nicht nur das Äußere vollständig, auch seine Gesichtszüge schienen in ihrem Ausdruck ausgetauscht zu sein. Nein, Klara war nicht kurzfristig oder gar blind ihm gegenüber gewesen, es war einfach unmöglich, diese Maske zu durchdringen.

Der Baron hatte Vizzi Allmers einen Strauß überreicht. Und als Herr Allmers bemerkte, daß es zu viel der Ehre sei, antwortete er lebenswürdig: „Nicht lange nicht genug, mein bester Herr Allmers. Wenn ich Ihr Haus betrete, so empfängt mich stets heller Sonnenschein der Freude und des Wohlbefindens, der einem alten Junggesellen, wie ich bin, eine Wohltat ist. Die Sonne, von der diese Strahlen ausgehen, aber ist Fräulein Vizzi. Es ist also nur ein schuldiger Tribut des Dankes, den ich ihr darbringe. Fräulein Vizzi weiß das auch.“

Er hatte aber noch ein zweites Büfett bei sich und schaute sich suchend um. „Herr Allmers, ist Ihre schöne Oberinspektorin vielleicht zugegen? Sie hat bei meiner letzten Anwesenheit geradezu mystergültig für meine Bequemlichkeit gesorgt, aber ich war damals nicht

immer in der besten Laune, und ich fürchte, ich bin damals der Dame nicht so begegnet, wie sie es beanspruchen konnte. Deshalb möchte ich ihr jetzt sofort bei meiner Wiederkehr diesen Strauß übergeben und mich ihrem gültigen ferneren Wohlwollen empfehlen.“

Vizzi hatte Klara bereits erblidt und holte sie schnell herbei: „Bitte, Klara, der Herr Baron von Hellberg möchte dir eine Aufmerksamkeit erweisen.“

Klara trat langsam heran. Ihr ruhiges Gesicht verriet nichts mehr von den heftigen Seelenkämpfen, die sie vorhin wieder bewegt hatten, und mit ruhiger Höflichkeit nahm sie die Blumen entgegen, die Hellberg ihr reichte.

„Meinen Dank, Herr Baron! Ich habe ja nur meine Pflicht getan und werde diese auch künftig in vollem Umfange tun, wie es nötig ist“, erwiderte sie.

Während Herr Allmers seinen geschätzten Gast in das Zimmer Nr. 19 begleitete, sagte Vizzi zu Klara: „Du siehst du nun selbst, ein wie lebenswärtiger Herr der Baron von Hellberg ist. Daß du ihm unheimlich sein solltest, wie du geglaubt hast, war ein Irrtum von dir. Er war schlechter Laune und hat das eingegeben. Warte nur ab, Ihr werdet noch die besten Freunde werden.“

„Wir werden es sehen“, antwortete Klara lächelnd. Zugleich überkam es sie aber nochmals mit starkem Widerwillen gegen die Heuchelei, die hier von ihm ihr gegenüber getrieben wurde. Sie schleuderte das Büfett so heftig auf einen Tisch, daß es auf den Boden fiel. Sie ließ es dort liegen.

Vizzi schaute sie fassungslos an. „Aber, Klara, was hast du! Bist du denn ganz unversöhnlich? Was können die armen Blumen dafür, wenn du ihn nicht leiden kannst? Aber ich verstehe dich nicht.“

Sie neigte sich, um den Strauß aufzuheben, aber Klara kam ihr zuvor. „Du hast recht, die Blumen haben keine Schuld. Sei ohne Sorge, ich werde mich nicht wieder vergessen.“ Sie ging, und Vizzi sah ihr kopfschüttelnd nach. Wenn es nicht so seltsam gewesen wäre und Klara Brandt nicht bereits einen Verlobten besessen hätte, Vizzi Allmers würde wirklich gedacht haben, der Baron von Hellberg sei ihrer Freundin nicht gleichgültig.

Am nächsten Mittag machte Klara ihren gewohnten

Rundgang durch die Zimmer der ersten Etage und war gerade in Nummer 19, als der Baron von Hellberg eintrat. Gast kam es ihr so vor, als habe er diesmal den Zeitpunkt abgepaßt, um sie zu treffen.

„Wie allerliebste, daß Sie hier sind, mein verehrtes Fräulein“, sagte er. „So kann ich mich doch noch besonders bei Ihnen wegen meiner früheren unartigen Äußerung entschuldigen. Sie haben mir mit Recht gezücht. Aber verzeihen Sie mir, an jenem Tage litt ich so sehr unter allerlei Aerger, daß ich meine schlechte Laune wieder an anderen ausließ. Das war höchlich von mir, doppelt häßlich, zumal Sie sich nicht wehren konnten. Also, verzeihen Sie!“

Er griff nach ihrer Rechten und drückte einen heißen Kuß darauf, bevor sie es verhindern konnte. Heftig entzog sie ihm dann ihre Hand. Sie schwankte einen Augenblick, ob sie nicht jetzt schon seinem falschen Spiel ein Ende bereiten und ihm sagen sollte, daß sie alles wisse. Doch sie besann sich. Hier im Hotel war nicht der geeignete Platz, eine große Auseinandersetzung herbeizuführen, die das ganze Haus rebellisch machte und damit ihren Namen in aller Munde bringen mußte, was sie gerade vermeiden wollte.

Stolz warf sie den blonden Kopf in den Nacken. Nur jetzt ihm gegenüber keine Schwäche zeigen. „Ihre Entschuldigung erübrigt sich, Herr Baron“, sagte sie scharf, „gerade so wie Ihr Handkuß. Was Sie mir damals sagten, war Ihre Meinung über mein Amt hier, und ich habe Ihnen deshalb nichts nachzutragen, um so weniger, als Ihre Ansicht mich nicht berührt. Ich bin auch nicht wehrlos, wie Sie glauben, ich weiß mich vielmehr meiner Haut tapfer zu wehren, wenn es nötig werden sollte. Davon dürfen Sie überzeugt sein. Ich habe die Ehre, mich Ihnen zu empfehlen, Herr Baron!“

Er vertrat ihr den Weg. „Sie bleiben“, sagte er gebieterisch. „Es scheint, Sie legen es mit Gewalt darauf an, Mißverständnisse zwischen Ihnen und mir herbeizuführen. Das wäre mir peinlich.“

„Der Herr Baron gestatten, daß ich Sie nochmals darauf aufmerksam mache, daß von Mißverständnissen zwischen Ihnen, als etnem Gast dieses Hauses, und mir, der Angestellten, nicht wohl die Rede sein kann. Ich habe nur meine Pflicht zu tun.“

(Fortsetzung folgt.)

auf dem Gebiet der Ernährungspolitik auf das Ziel in erster Linie die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion durch Schaffung der nötigen Düngemittel. Die Herstellung ausreichender Arbeitsträger unterliegt, die Wirtschaft muß durch öffentliche Aufträge unterstützt werden. Es ist alles geschehen, um Preissteigerungen zu verhindern. Die Hauswirtschaft kann auch in Zukunft nicht feigegeben werden. Die Güterpreise werden beträchtlich erhöht werden müssen. (Hört, hört!) Als Preissteigerungen sind die Kanalisierung des Rheins, der Donau bei Passau und der Mittellandkanal in Aussicht genommen. Das Problem einer wirtschaftlichen Dienstpflicht muß erwogen werden. Der Neubau des Reichswirtschaftsrats ist im Gange.

In der Aussprache bezeichnet der Abg. Hoch (Soz.) die bisherigen Maßnahmen des Ministers als völlig verfehlt, denn sie hätten keinen Erfolg gehabt. Die Steuerung sei immer größer geworden. Redner wiederholt die Forderung auf Vollsozialisierung, insbesondere von Kohle und Eisen.

Abg. Klotzner (Ztr.) fordert Beschleunigung des Baues von Wohnungen für Vergleute. Die Preispolitik des Ministers finde die Billigung seiner Partei. Abg. Reichert (Ztr.) erklärt sich mit einer Neuordnung der Wirtschaft einverstanden, wenn damit eine Steigerung der Produktion verbunden ist.

Reichswirtschaftsminister Scholz weist abschließend darauf hin, daß die Lösung des Sozialisierungsproblems dem Reichswirtschaftsrat überlassen bleiben soll, der in den nächsten Tagen seine Beratungen wieder aufnehmen wird.

Darauf bricht das Haus die weitere Beratung ab und vertagt sich auf Dienstag.

— Berlin, 30. November.

Abstimmung über die Streikverordnung.
Nach Beantwortung der üblichen kleinen Anfragen ergibt die zurückgestellte Abstimmung über die Verordnung des Reichspräsidenten über die wilden Streiks nach mancherlei Schwierigkeiten die Annahme eines Antrags (H. S. L.), der die Aufhebung der Streikverordnung verlangt, dem aber ein Zusatzantrag der Regierungsparteien hinzugefügt wird, wonach die Verordnung bestehen bleibt, bis ein schlichtungsfähiges Gesetz über das Schlichtungsverfahren in Kraft getreten ist.

Etat des Reichswirtschaftsministeriums
Hierauf wird die Etatsberatung fortgesetzt. Abg. Dr. Hugo (D. Sp.) wendet sich gegen eine zu weitgehende Bevormundung der Wirtschaft, da die Produktion dadurch unweigerlich gehemmt werde. Das beweise die Kriegswirtschaft. Der Verwaltungsdienst mit seinen Gehältern könne keinen Anreiz bieten. In der aus dem Selbstverwaltungskörpern und Nachverbänden hervorgegangenen Verwaltung erblickt der Redner eine gewisse Gefahr, eine Ueberspannung des Staatsgedankens. Die freie Konkurrenz muß bleiben, sonst kommen wir nur unter großen Schwierigkeiten zu einem Preisabbau.

Im übrigen billigt der Redner die Ausführungen des Ministers. Das Gegenteil ist bei dem nächsten Redner Abg. Hädel (H. S. r.) der Fall, der hinter allen Maßnahmen des Ministers Schatzkammer des Großindustriellen Stinnes vermutet.

Abg. Reinath (Dem.) warnt vor überstürzten Sozialisierungsversuchen, denn sie würden keine Hebung der Arbeitsfreudigkeit bringen. Für weitere Kommunalisierung sei seine Partei mit Rücksicht auf den Mittelstand nicht zu haben.

Reichsminister Scholz erklärt sich bereit, zur Stützung von Handwerk, Mittelstand und Gewerbe bei seinem Ministerium einen Handwerkerbeirat einzuführen. Nach einigen Ausführungen des Abg. Jand (Bahr, Volkspartei) gegen jede Art von Sozialisierung wird die Beratung auf Mittwoch vertagt.

Politische Rundschau.

— Berlin, 1. Dezember 1920.

Der Vertreter der Reichsbefleidungsstelle v. H. a. l. en hat in auf Grund einer Rede, die er im Rheinland gehalten hat und in der er sich in herabsetzenden Bemerkungen gegen die Rheinländer geäußert, von seinem Amt abgetreten.

Herr v. Kardorff-Berlin wurde von der Deutschen Volkspartei endgültig als Spitzenkandidat für den Wahlkreis Halle-Merseburg bei den Preussensitzungen aufgestellt.

Wie die Sozialistische Korrespondenz mitteilt, ist die Strafverfolgung gegen den Abg. Schulz-Kiel, die vor der Landesversammlung genehmigt worden war, wegen Mangel an Beweisen eingestellt worden.

Zum Landrat des Kreises Gardelegen wurde der Demokrat Oscar Boehr, ein früherer Volksschullehrer, gewählt.

Generalstreik in Oberschlesien.

Oberschlesien steht vor der Gefahr eines neuen Generalstreiks. Die Syndikalistischen haben die polnische Forderung einer Wirtschaftsbefreiung von 1000 Mark für jeden einzelnen Arbeiter wieder aufgenommen und obwohl die Gewerkschaften diese weit über die Leistungsfähigkeit des ober-schlesischen Unternehmers hinausgehende Forderung abgelehnt haben, ist zu befürchten, daß die Ausrufung des Generalstreiks durch Terrorerzwingungen werden wird.

Stand der Sozialisierungsfrage. Ueber die verschiedenen Entwürfe, die zuerst von der Sozialisierungskommission und dann im Reichswirtschaftsrat geschaffen und beraten worden sind, ist bisher eine Einigung nicht zustande gekommen. Der tiefere Grund liegt hierin, daß über den Begriff „Sozialisierung“ unter den Sachverständigen und unter den Parteien, die nach ihr verlangen, ebensoviele Klarheit herrscht, wie früher über den sozialistischen Zukunftsplan. Die 9 Mitglieder verstärkte Einigungs-Kommission des Reichswirtschaftsrates wird am 1. Dezember wieder zusammentreten, um zu versuchen, einen Schritt weiter zu kommen. Sollte dieser Versuch zu einem Ergebnis führen und das Plenum des Reichswirtschaftsrates ihm zustimmen, so ist anzunehmen, daß die Regierung den so zustande gekommenen Entwürfen ohne weitere Veränderung dem Reichstage vorlegen wird. Der am 1. Dezember beginnenden Sitzung also eine erhebliche Bedeutung zuzumessen.

Die Frau als Richter. Ein Antrag der demokratischen Reichstagsfraktion ersucht die Reichsregierung, dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch das diejenigen reichsrechtlichen Bestimmungen beseitigt werden, die die Wahlbarkeit der Frauen zu Mitgliedern der Behörden der Reichsverwaltung, der Ausübung richterlicher Befugnisse der Frauen auf dem Gebiete der Angelegenheiten der Versicherung, der Wahlbarkeit der Frauen zu Mitgliedern der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und der berufständischen Vertretungen sowie der Zulassung von Frauen zum Bürgerbesuche entgegenstellen.

Zusammenschluß von Baden und Württemberg. Ein in Baden-Württemberg sozialdemokratischer Parteitag von Baden nahm eine Kundgebung zu der Frage des Zusammenschlusses von Baden und Württemberg an. Eine Entschließung des Landesvorstandes, in der die Frage des politischen Zusammenschlusses der beiden Länder als durch die längste Entwicklung des südwestdeutschen Verkehrs und Wirtschaftslebens zu einer unmittelbar dringlich gewordenen bezeichnet wurde und in der die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten mit den württembergischen Landtagsabgeordneten wegen Inangriffnahme der gesetzgeberischen Vorarbeiten für den Zusammenschluß aufgefordert wurden, fand einstimmige Annahme.

Rundschau im Auslande.

Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ trifft Polen Vorbereitungen zur Einrichtung einer starken Garde in Danzig.

Zum neuen österreichischen Gesandten in Berlin soll der ehemalige deutsch-böhmische Abgeordnete Dr. G. Langenhahn ernannt werden. Dr. Langenhahn gehört zu den eifrigsten Vorkämpfern des Anschlußgedankens.

Die österreichische Regierung hat sich an Deutschland mit dem Ersuchen gewandt, eine Wehlaushilfe von circa 600 Waggons bewilligen zu wollen.

Die Wahl des österreichischen Bundespräsidenten findet am 8. Dezember statt. Die Christlich-Sozialen haben den Vizepräsidenten der Steiermark, Hintelen, als Kandidaten aufgestellt.

Die italienische Kammer hat das Abkommen mit Südsibirien mit 215 gegen 15 Stimmen angenommen.

Pariser Blättern zufolge soll die Konferenz des Völkerbundes am 10. Dezember geschlossen werden.

In Moskau sind 4000 Chinesen angekommen, die man in der Mandschurei verpflichtet hat und die ein Bataillon zur Bewachung des Kreml bilden sollen.

Freikant Danzig: Danzig als Basis für die Wilna-Expedition.

Der Danziger Staatsrat beschloß am Montag mit einem Telegramm, das der Generalsekretär des Völkerbundes an den Danziger Oberkommissar gerichtet hat. Es heißt darin: „Der Rat des Völkerbundes hat beschlossen, in den Wilna-Distrikt eine kleine Polizeitruppe zu entsenden, bestehend aus Soldaten verschiedener Nationen, um die Wege und Eisenbahnen während der Volksabstimmung, welche hinsichtlich der Grenzfrage zwischen Litauen und Polen abgehalten werden soll, zu bewachen. Sollte die Notwendigkeit vorliegen, so wünscht der Rat des Völkerbundes in Danzig eine kleine Basis für den Transport und die Verpflegung dieser Truppen zu errichten, welche die Anzahl von 1800 Köpfen nicht überschreiten wird. Der Rat des Völkerbundes hat mich beauftragt, die Regierung der freien Stadt Danzig zu ersuchen, dieser Polizeitruppe, welche nur friedliche Interessen vertritt, alle erforderlichen Erleichterungen anzubieten zu lassen.“ Der Staatsrat beschloß sich mit der Errichtung dieser Truppe und Verpflegungsbasis in der freien Stadt Danzig einverstanden zu erklären unter der Bedingung, daß der Völkerbund die entstehenden Kosten übernimmt. Dieser Beschluß wurde durch den Oberkommissar sofort nach Genf weitergegeben.

Frankreich: Scharfes Vorgehen gegen die Kommunisten.
Nach einer Havabildung aus Paris wurde die Untersuchung gegen die Kommunisten, die einer Verschwörung gegen die innere Sicherheit des Staates beschuldigt worden sind, nach sechsmonatiger Dauer abgeschlossen. Der Untersuchungsrichter beschloß, 10 Angeklagte, darunter die beiden Mitglieder des Bureau des dritten (Moskauer) Internationalen, Poriot und Vivorin, dem Seine-Schwurgericht zu überweisen.

Griechenland: König Konstantin Heimkehr.

Havas meldet aus Athen: Der griechische Kreuzer „Averoff“, der sich in Konstantinopel befand, erhielt Befehl, nach dem König zurückzuführen und sich dort bereit zu halten, nach Brindisi zu fahren, um den König Konstantin nach Griechenland zurückzubringen. Der „Averoff“ wird von sämtlichen anderen Schiffen der griechischen Flotte begleitet werden. Die Athener Polizei hielt in einem Hause eine Durchsuchung ab und entdeckte dabei zufällig alle Archive der revolutionären Regierung des ehemaligen Ministerpräsidenten Venizelos in Saloniki.

Aus Stadt und Land.

Bedenklicher Zustand der Kaiserin. Nach einer Meldung aus Doorn geben Professor Ohmanns und Oberarzt Dr. Wagner folgende Mitteilung aus: Nach zwei in den letzten Tagen aufgetretenen Anfällen von Herzschwäche ist der Zustand der deutschen Kaiserin erneut sehr bedenklich.

Die Veranlassung des Targes der heiligen Elisabeth in Marburg beschäftigt auch die Berliner Kriminalpolizei. Die Täter sind vermutlich drei junge Leute von 18 bis 20 Jahren, die, wie die Ermittlungen ergeben haben, kurz vor dem Kirchenraub in der Nähe des Targates gesehen wurden. Sie sind wie festgestellt werden konnte, von Marburg nach Frankfurt a. M. gefahren. Die Verfolgung der Spur ist sofort aufgenommen worden. Die von ihnen gemachte Beute, die sie wahrscheinlich in einer Großstadt zu Geld zu machen versuchen, ist von unschätzbarem Werte. Es handelt sich um eine große Anzahl kostbarer, meist ungeschliffener Edelsteine von zum Teil beträchtlicher Größe, darunter viele hellblaue wie violette Saphire, Goldtopase, kleine Kapprubine, Smaragde usw. Die Räuber brachten die an der Außenseite des Targates angebrachten Edelsteine mit roher Gewalt aus ihren Fassungen, so daß die Filigranarbeit stark beschädigt und zum Teil ganz abgebrochen wurde.

Kleine Nachrichten.

Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ aus Königsberg ist der am Eisenbahnunglück bei Marten-burg schuldige Bahndienstleiter verhaftet worden.

Die Elbschiffahrt ist wegen zunehmender Eisganges unterbrochen.

Selbst gestellt hat sich laut „Bornd.“, der Rottbuser Staatsanwaltschaft der Rechnungsdirektor Stodmann, Leiter einer holländischen Amstelsche, nach Unterschlagung holländischer Gelder, angeblich 200 000 Mark.

Ein Berliner Polizeileutnant verhaftete auf der Straße Ziffel-Inhaber einen der drei Millionenräuber aus Krefeld, namens Kley. Der Begleiter des Leutnants, ein Kriminalpolizist, wurde von Kley erschossen.

Das bei Remmich gelegene Schloß Wolframs-Hof ist vollständig niedergebrannt. Mit dem Schloß sind wertvolle Kunstwerke und Altertümer, besonders eine Bibliothek mit unerschöpflichen Handschriften, vernichtet worden.

Ab Neujahr soll der Tarif der Wiener Straßenbahn von drei auf vier Kronen erhöht werden.

Durch die Explosion einer in der Nähe von Holstene (England) an Land gespaltenen französischen Mine wurden zwei Personen getötet und großer Sachschaden angerichtet.

Gerichtssaal.

Prozess gegen die Marburger Zeitfreiwilligen. Die Hauptverhandlung in dem Prozess gegen die Marburger zeitfreiwilligen Studenten beginnt am 13. Dezember vor dem Schwurgericht in Kassel. Wie die „Hessische Landeszeitung“ erzählt, sind für die Verhandlung, in der gegen 100 Zeugen vernommen werden sollen, etwa zehn Tage vorgesehen. Das genannte demokratische Organ hört weiter, daß nach Abschluß der Kasseler Verhandlung fünf Meineidsprozesse gegen verschiedene Zeugen des ersten Marburger Verfahrens zur Verhandlung kommen.

Die Arbeit am Vortag. Weil er als Fahrer einer Arbeiterdeputation der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron in Bitterfeld vom Direktor durch Drohungen die Bezahlung des Vortages erzwingen hatte, ist der Schlosser Kinder wegen Erpressung von der Strafkammer in Halle zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Die Arbeiter hatten am Vortag arbeiten wollen, weil sie die gefehligen kirchlichen Feiertage nicht respektieren mochten. Die Verurteilung mußte das jedoch ablehnen, weil die gefehligen Bestimmungen dem entgegenstünden.

Volkswirtschaftliches.

Berlin, 30. Novbr. (Börse.) Die Haltung der Börse ist immer noch matt, wenn auch einzelne Spekulationsaffäre, insbesondere Bananawerte, durch die neue Befestigung der ausländischen Zahlungsmittel eine Ausnahme machten. Das Zwanzigmarkstück in Gold wurde mit 288 Mark gefragt und mit 293 Mark angeboten.

Berlin, 30. Novbr. (Börsenmarkt.) Platamark 208-215 Viktorien 280-290, Ruten 180-190, Belusaten 170-175, Aderbohlen 180-190, Widen 170 bis 175, Kupinen gelb 105-110, Zeraballa alt 90-95, Tredeknägel 85-90, Rassenknägel 70, Kunkelraben 12 für 50 Kilo frei Wagen Berlin.

Soziales und Provinziales.

Gleichheit.

Eine Anschauung.
Nach der Abstraktion hätten allerdings die Rechte die Gleichheit fordern. Allein die ganze Weltanordnung ist nach der Abstraktion gebildet. Die Natur schuf in allen Verhältnissen resp. Gattungen Varietäten. Sie gab Freude und Schönheit zum Genusse, dem Vogel ein blasses Kleid, den Blumen Blumen in 1000 erlei Formen und Farben, alles geschaffen sie in vielfältigem Wille erscheinen zu lassen. Wenn dies auch unbeachtlich ge-schehen sein mag, so ist diese Einrichtung doch sehr sinn-reich, denn auch des Menschen Wünsche sind 1000 fältig. Die Freude aber, der Güter unke hat so viele Nuancen, als es Menschen gibt und jedes Geschöpf findet seine Freude in seiner Welt. Warum hat die Natur nicht Alles grau gemacht und nach der Schablone? Wäre das schön? Nein!! Der Mensch schuf auf die Forderung der Gleichheit liegt nahe. — Freiheit mit Maß und ver-ständlicher Selbstkritik des Individuums bei allen Hand-lungen. — Mit der Abstraktion hört diese auf. Gewiß ist die Natur der Anfang und das Ende aller Prinzipi-en, worauf sich Menschenrechte und Pflichten aufbauen, allein ohne eine gewisse Poesie, die dem Leben Reiz und Farbe verleihen, wäre, das Leben für die Dauer unerträglich. Diese Wahrheit zeigt sich uns schon in Ländern, in denen die alte europäische Kultur steht. In Europa, der Reiz altüberlieferter Einrichtungen, die teilweise ein poetischen Empfinden der Völker entsprangen, überall Streben nach Schönheit und Veredelung der Formen und Dinge. In neuen Ländern mit junger Kultur und ohne Geschichte die blanke Prosa, ein schales Einerlei, dessen Grundlage das Geld ist. Wer hätte es nicht em-funden! Geschmack und Maß müssen die Würze des Lebens sein, wenn ein Land gemüthlichen Aufenthalt bieten soll. Man muß an Allem sehen, daß ein Volk nach Bildung strebt und daß die Verfeinerung des Individu-ums die gangbare Hauptmünze eines Volkes ist und nicht der Mammon allein.

Die Steuerfrage Unter den zur Zeit schwebenden Fragen dürfte wohl keine von so einschneidender Bedeutung sein wie die Steuerfrage. Unsere neuen Steuer-geetze sind von den bisher bestehenden so grundverschie-den, daß auch selbst ein geübter Kenner der Materie sich nur schwer mit dem Inhalt und der Bedeutung derselben vertraut machen kann. Und doch ist ein klarer Verstand über unsere neuen Steuergeetze, zumal diese eine ganze Reihe von Bestimmungen enthalten, durch die, wenn rechtzeitig beachtet und angewendet, für den Steuerzahler eine ganz wesentliche Ermäßigung, unter gewissen Umständen selbst eine gänzliche Befreiung seiner Steuerlast herbeigeführt werden kann. Die Frage, wie kann ich meine Steuerabgaben vermindern, ist aber un-gleich wichtiger als die, was muß ich versteuern. Um nun hierüber aufklärend zu wirken, hat sich der hiesige Steuerverein bemüht, in dem Steueranwalt Herrn Dr. Schäfer zu Wiesbaden einen Redner zu gewinnen,

der uns über all diese Fragen in klarer und leichtverständlicher Form Auskunft erteilen wird. Wir verweisen deshalb auch von dieser Stelle auf die im Inseratenteil des Blattes erfolgte Einladung seitens des hiesigen Gewerbevereins.

Von der Insel Rügen. Tausende von jungen Leuten, Turner, Sportanhänger, Studenten, Schüler und Wanderbühnen können allsommerlich auf Rügen bei ihren Turn- und Wandersfahrten für mäßigen Preis kein Unterkommen finden, außer in den teuren Hotels. Der Turn- und Sportverein Sahnitz e. V. will hier Abhilfe schaffen. Der Verein hat in bester Gegend von Sahnitz, am Wege nach Stubbenkammer ein Gelände von 13500 qm. Größe für 50 000 Mk. käuflich erworben. Eine Fläche von 9000 qm. wird als Turn- und Sportplatz angelegt; auf dem übrigen Teil soll ein Turnerheim verbunden mit einer Turnhalle und einem Aussichtsturm „Jahn-Turm“ erbaut werden. Der Turnverein richtet an alle Freunde und Gönner für Jugendherziehung und Volkswohlfahrt die herzlichste Bitte, zu diesen sehr hohen Baukosten mit größeren und kleineren Beiträgen beizusteuern. Gleich wie in schwerer Zeit Turnvereine 1811 keine Jugend um sich versammelte, so soll die er Jahn-Turm mit seinem Turnerheim jederzeit eine Sammelstätte frischen fröhlichen Turner- und Wanderlebens werden, zur Förderung vaterländischer Gesinnung, Kräftigung der Jugend für jetzige und kommende Geschlechter. Dieser Aufruf wird im ganzen Vaterlande verbreitet, mit der Bitte, daß die verehrlichen Stadtverwaltungen, Vereinsvorstände, Private und Gönner Spenden auf Postcheck 27823 Ettlin, Konto Sahnitzer Bank Turn- und Sportverein e. V. einzahlen wollen. Je schneller der Bau fond zusammengetragen ist, um so früher kann mit dem Bau begonnen werden. Der Dank der Jugend ist allen freundlichen Gebern gesichert.

Wetterbericht.

3.—4. Nachts im Hochland Schneefall, im Tiefland Regen, darauf strichweise heiter, dann wieder Regen oder Schnee, Wind noch ziemlich stark.

Bekanntmachungen.

Der Kreisaußschuß des Landkreises Wiesbaden hat zur Verteilung an bedürftige Kinder der Landgemeinden des Kreises gemischtes Weihnachtsgedächtnis herstellen lassen und gibt, solange der Vorrat reicht, solches zum Preise von 10 Mk. pro Pund auch an Vereine und Organisationen zu dem bestimmten Zwecke ab.

Dieser jenen hiesigen Vereine und Organisationen, welche von dem Gedächtnis beziehen wollen, müssen dies bis spätestens zum 8. d. Mts. im Rathaus hier selbst — Zimmer No. 3 — melden.

In der Kohlenhandlung Stern Langgasse erhalten am Freitag, den 3. Dezember die Inhaber der Brennstoffkarten für Hausbrand von No. 900 bis Schluf auf Folge 5, soweit dieselben noch nicht beliefert sind, und diejenigen der No. 1 bis 200 auf Folge 6. je einen Zentner Britetts zum Preise von 17.15 Pfg. pro Ztr.

Die Beträge für die an die hiesige Gemeinde gelieferten Herbstkartoffeln sind zur Auszahlung angewiesen und können ab Montag, den 6. d. Mts. auf der Gemeindefasse hier selbst gegen Vorlage des Wegegelds in Empfang genommen werden.

Bierstadt, den 2. Dezember 1920.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Kriegshinterbliebenen

Ortsgruppe: Bierstadt.

Du dich günstiges Angebot sind wir in der Lage unseren Mitgliedern

Weihnachtserzen

zum billigen Preise abzugeben. Der Karton (30 Stück) in verschiedenen Farben und prima Qualität kostet 6.75 Mk. Bestellungen werden bis spätestens Mittwoch, den 8. d. Mts. bei dem Vorsitzenden Herrn R. Becht Blumenstraße 13 entgegengenommen.

Hiermit sagen wir allen denen, die uns bei unserem Wohltätigkeitskonzert unterstützt haben, unseren besten Dank.

Der Vorstand.

Fußballsportverein Bierstadt.

Samstag, den 4. d. Mts., abends 8 Uhr Mitglieder-versammlung im Vereinslokal.

Der Vorstand.

Die allgemeine Sterbekasse Bierstadt

hat am Donnerstag den 9. Dezember abends pünktlich um 8 Uhr beginnend im Gantheim zum Anker eine

II. Mitgliederversammlung ab,

nachdem die Versammlung am 27. November nicht beschlußfähig war. Tagesordnung: Beschlufnahme über Auflösung der Kasse oder Weiterbestehen derselben im Anschluß an die Dessen-Raffaelsche Lebensversicherungsgesellschaft zu Wiesbaden. Event. Erhöhung der Beiträge.

Diese II. Versammlung wird auf alle Fälle beschlußfähig sein, und die nicht erscheinenden Mitglieder haben sich den Beschlüssen der Versammlung zu unterwerfen. Um pünktlichen, zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Gesellschaft Rämern.

Sonntag, den 5. Dezember, abends 7 Uhr findet

Gedenktafelfeier

im Gasthaus zur Friedrichseiche (Bes. Ph. Hofmann) statt. Wir laden zur dieser Feier unsere werten Ehrenmitglieder und Mitglieder nebst Angehörigen höflich ein.

Es ist Pflicht der Mitglieder unseren Gefallenen Mitgliedern und Kameraden diese Ehre zu erweisen u. daher zahlreich zu erscheinen und an der Feier teilzunehmen.

Der Vorstand

Frauenverein Bierstadt.

Zu dem am Sonntag, den 5. Dezember im Saale der Kleinfinderschule, abends 8 Uhr, stattfindenden

Lichtbildervortrag

werden die Mitglieder des Vereins sowie Gäste hiermit freundlichst eingeladen.

Der, selbe Vortrag findet für Kinder bei einem Eintrittspreis von 50 Pfg. mittags 5 Uhr statt.

Internationaler Bund der Kriegsoffer, Deutschlands.

Ortsgruppe Bierstadt.

Samstag, den 4. Dezember 1920.

im Saalbau zum Varen (Besitzer Karl Friedrich)

Wohltätigkeitsabend

mit Tanz

zum Besten unserer Kriegerwitwen und Waisen.

unter gütiger Mitwirkung der hiesigen Vereine sowie Einzelausgetreten der Herren Karl Schmidt II., Fr. Röschner, W. Riffing, Otto Klein und Paul Schäfer.

Anfang 8 Uhr. — Tombola. — Kassenöffnung 5 Uhr.

Der Saal ist gut geheizt.

Wir laden die verehrliche Einwohnerschaft Bierstadts herzlich zu herzlich ein und sichern allen Besuchern einige recht genussreiche Stunden zu.

Karten im Vorverkauf sind zu haben in der Drogerie Arthur Lehmann. Gegenstände für die Verlosung bitten wir in Anbetracht des wohltätigen Zweckes reichlich stiften zu wollen und werden dieselben angenommen in der Drogerie Arthur Lehmann, Wiesbadenerstraße 4, Otto Goshle, Blumenstr. 6, Emil Hardt, Hermannstr. 1.

Der Vorstand.

Jeder Hausbesitzer muß Mitglied des Haus- und Grundbesitzer-Vereins sein. Geschäftsstelle Moritzstraße 5.

Bereinigte Fuhrwerksbesitzer Bierstadt.

Wir laden unsere Mitglieder zu der am Montag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr stattfindenden

Versammlung

bei Gastwirt Klein, wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ganz ergebenst ein. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Lokal-Gewerbeverein Bierstadt.

Einladung

Der für den verfloffenen Samstag angekündigte Vortrag über die neuen Reichsteuern, gehalten von Herrn Steueranwalt Dr. Schäfer aus Wiesbaden findet nunmehr am Donnerstag, den 2. Dezember im Gasthaus zum Varen, abends 7½ Uhr und zwar im unteren Lokale statt. Wegen der hervorragenden Bedeutung des Themas dürfte sich für alle Steuerzahler, einerlei, welchem Berufe sie angehören, ein Besuch des Vortrags lohnen. Wir laden daher unsere Mitglieder als auch Nichtmitglieder zu diesem Vortrag freundlichst ein und bitten um pünktliches und zahlreiches Erscheinen. Eintritt frei.

Der Vorstand.

Kleine Anzeigen

müssen bei Beilegung gleich bezahlt werden.

Ein gut erhaltener

Ueberzieher

zu verkaufen.

Näheres in der Geschäftsstelle

der Bierstadter Zeitung.

Zwei trachtige

Ziegen

zu verkaufen, tauche auch

Schlachtziegen dagegen um.

Karl Landau,

Rathausstraße 12.

Junges Mädchen

tagüber zu kleinem Kind gesucht.

Bender,

Wiesbaden, Rooststr. 15.

Handkarren, gut erh., z. verkaufen, auch Tausch auf gut erh. Reitwagen. Bierstadt, Vordergasse 2.

Klinge Frauen

lassen sich nicht täuschen durch so oft angebotene meist wertlose Präparate — Nehmen Sie bei

Regelstörung,

Störung nur meine auch in ver-

zweifelten Fällen erprobten wirk-

samen Mittel. Sie werden über-

rascht und mir dankbar sein.

Dieter. Versand mit Garantie,

vollst. unbeschädigt andernf. Geld

zurück.

Wirkung in 3 Tagen

C. Hansen, Hamburg,

Weidenallee 50.

Trauringe

Dukatengold 900 gestempelt

18 kar. Gold 750

14 kar. Gold 585

8 kar. Gold 333 gestempelt von 30.— an.

Enorme Auswahl stets am Lager.

Bok, Kirchgasse 70

gegenüber Marktplatz

Wiesbaden.

Kauft am Platze

Drogerie Lehmann

empfiehlt als ein schönes, praktisches Weihnachtsgeschenk eine Flasche

Albihaarwasser

à Flasche 7.50 Mk.

Ferner zu Geschenkzwecken geeignet: Lanolinseife mit dem Pfeilring à Stck 4.50 Mk. Kalodermaseife à 7.50 Mk. und andere in Friedensqualitäten. Parfüms in allen Preislagen — Kölnisches Wasser à Flasche 5.— Mk. und Johann Maria Farina — Haarpomaden und Haaroole — Kämmen — Zahn- und Nagelbürsten — Rasierseifen und -Pinsel.

Hautkremes

in altbeliebten Packungen werden auch vielfach ein willkommenes Weihnachtsgeschenk sein.

Gebrannte Kaffees Pfund 28.—, 30.— und 32.— Mk., Schokoladen in Tafeln von David Söhne. Halle a. S., Kochschokolade in ½ Pfd.-Tafeln à 10.— Mk. (sehr preiswert), Keks ¼ Pfd. 3.50 Chinesische Theemischung, ergiebige, feine Qualität, in 50 Gramm Kartons à 3.50 Mk. 100 Gramm Kartons à 6.75 Mk., Holländer Kakao in ¼ Pfd. Packung à 4.50 Mk.

Die gute 65 Pfg. Cigarre in 50er Packung zu ermäßigtem Preis; ausprobiert gute Sorten à 80 Pfg., 90 Pfg., 1.— Mk., 1.20 Mk. u. 1.50 Mk. 100 Gramm-Packungen Förstertabak — Postorentabak und 100 Gramm Mittelschnitt prima Holländer rein überseeisch à 5.50 Mk. allbeliebt.

Baumschmuck

in neuartiger Ausführung und Baumkerzen in weiß und bunt. Besichtigung ohne Kaufzwang gerne gestattet.

Zur Weihnachtsbäckerei

empfehle in stets frischer Ware: Zitronenessenz und Mandelessenz in Gläsern à 2.— Mk. Vanillezucker in Packchen à 50 Pfg. Nelken, Zimt, Anis, Koriander, Pfeffer, Vanille in Stangen, Backpulver verschiedener Sorten, Gustin, Hirschhornsalz, Pottasche etc.

Backwachs Platte 1.— Mk. Rosenwasser, garantiert reinen Bienenhonig Pfund. 24.— Mk.

Drogerie Lehmann, Wiesbadenerstr. 4, Tel. 3267.

Alle freigegebenen Apothekerwaren und medizinischen Thees, Drogen, Farben, Lacke, Chemikalien, Verbandstoffe, technische Artikel und Mineralwässer.